

# Syrien - Perspektiven einer Nachkriegsordnung

Interview mit Andreas Zumach

Das Gespräch führte Hans Peter Grab.



QUELLE: Andreas Zumach

**Andreas Zumach im Interview über die aktuelle Lage in Syrien und mögliche Nachkriegsperspektiven.**

**Kranich: Die aktuelle militärische Schieflage in Syrien lässt manche KommentatorInnen von einem "zu Ende gehenden Krieg" sprechen. Ist das ein realistisches Szenario oder lernen wir aus der Geschichte militärischer Siege, dass sie lediglich zu neuen Konstellationen militärischer Auseinandersetzungen führen?**

Zumach: Der Krieg ist seit Dezember 2016 zwar in den meisten Regionen Syriens zum Teil deutlich deeskaliert oder kam sogar ganz zum Erliegen - entweder durch den mit Hilfe Russlands und Irans herbeigeführten militärischen Sieg der syrischen Regierungstruppen und/oder durch lokale Waffenstillstandsvereinbarungen. Doch zu Ende ist der Krieg keineswegs. Er wird auf absehbare Zeit wahrscheinlich auch nicht zu Ende gehen. Aus mehreren Gründen: Zum Zeitpunkt dieses Interviews Ende November 2017 finden weiterhin heftige Kämpfe mit hohen Opferzahlen statt zwischen Regierungs-

truppen und diversen Rebellenmilizen - zum Beispiel in Ost-Ghuta nahe der Hauptstadt Damaskus. Zum zweiten liefern sich Regierungstruppen, islamistische Rebellengruppen sowie Verbände der säkularen Allianz demokratischer Kräfte und die mit ihnen teilweise verbundenen Milizen der kurdischen YPG zunehmend Verteilungskämpfe um die Gebiete, aus denen sie im Laufe des Jahres 2017 mit Unterstützung russischer und US-amerikanischer Luftangriffe den „Islamischen Staat“ vertrieben haben. Drittens setzen türkische Streitkräfte südlich der Grenze Syriens ihren Krieg fort gegen die Milizen der YPG sowie gegen andere Verbände der syrischen Kurden. Und schließlich kontrollieren islamistische Rebellengruppen sowie Milizen des Terrornetzwerkes von Al-Kaida, die im Dezember 2016 von den Regierungstruppen aus Aleppo vertrieben und in die nordostsyrische Provinz Idlib zwangsumgesiedelt wurden, inzwischen weite Teile dieser an die Türkei angrenzenden Provinz. Neue Kämpfe zwischen diesen Gruppierungen und den Regierungstruppen sind wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit. Zudem dürften sich sowohl die Al-Kaida-Milizen wie auch die versprengten Reste des „Islamischen Staat“ nach dem Verlust der einst von ihnen kontrollierten Regionen auf die Strategie von Terroranschlägen in ganz Syrien verlegen. Das wiederum wird zu militärischen Reaktionen der Regierung Assad führen. Und schließlich belagern Regierungstruppen selbst in Regionen, in denen zur Zeit kein heißer Krieg mehr stattfindet, weiterhin eine Reihe von Städten und Dörfern und halten deren BewohnerInnen als Geiseln und Faustpfand für künftige Verhandlungen fest. Diese völkerrechtswidrigen Belagerungen sind ein Kriegsverbrechen und somit auch ein kriegerischer Akt.

**Kranich: Ist es vermessen an Nachkriegsordnung zu denken oder sollte man das ohnehin ständig tun?**

Zumach: Nein, das ist nicht vermessen. Das Ziel einer möglichst gerechten Nachkriegsordnung sollte man niemals auf-

geben, auch nicht, wenn sie derzeit als Utopie erscheinen mag. Allerdings muss man auch immer klar die Bedingungen dafür nennen: Eine Nachkriegsordnung, die - wie es nach der Konferenz der drei Regierungschefs von Russland, Iran und der Türkei Ende November in Sotchi aussieht - von den militärischen Siegern diktiert werden soll, ist nicht gerecht und nicht nachhaltig. Sie wird zwangsläufig zu neuen Gewaltauseinandersetzungen führen. Eine Nachkriegsordnung in Syrien wird auch nicht funktionieren, wenn auf Dauer militärische Kräfte aus dem Ausland im Land bleiben. Das gilt für die russischen Streitkräfte, die laut Ankündigung der Militärführung in Moskau zwar deutlich reduziert, aber weiterhin nicht nur in der Marinebasis Tartus und auf dem Luftstützpunkt Latakia verbleiben sollen, sondern auch „in einer Reihe von notwendigen Strukturen zur Unterstützung der Lage, die sich entwickelt hat.“ Das gilt ebenso für die in Syrien aktiven US-amerikanischen Soldaten, deren Zahl laut einer Mitteilung des Weißen Hauses von Ende November mit über 2.000 viermal so groß ist, wie das Pentagon bis dato verlauten ließ. Um eine gerechte Nachkriegsordnung zu ermöglichen, müssen auch die mit den syrischen Regierungstruppen verbündeten iranischen Revolutionsgarden, libanesischen Hisbollah-Milizen und schiitischen Kämpfer aus anderen Ländern Syrien verlassen, genauso wie auf der anderen Seite die von Saudiarabien, der Türkei, Katar und den USA finanzierten ausländischen sunnitischen Kämpfer auf Seiten der Opposition gegen die Regierung Assad. Schließlich ist es unerlässlich, dass bei Verhandlungen, die zu einer gerechten Nachkriegsordnung führen sollen, alle relevanten Gruppen der Bevölkerung beteiligt werden. Das ist bislang nicht der Fall. Sowohl bei den von der UNO vermittelten Verhandlungen in Genf wie auch bei dem von Russland, Iran und der Türkei initiierten Verhandlungsprozess in der kasachischen Hauptstadt Astana wurden die syrischen Kurden - die größte ethnische Volksgruppe des Landes - auf

Betreiben des türkischen Präsidenten Erdogan bislang nicht beteiligt. Zudem waren die syrischen Frauen, die über 51 Prozent der Bevölkerung des Landes stellen, bei sämtlichen Verhandlungsrunden bislang völlig unterrepräsentiert.

**Kranich: Wer wird (wer soll) für diese Nachkriegsordnung federführend sein? Ein gestärktes Russland, die UNO oder eventuell ein seine Rolle neu zu definierendes Europa?**

Zumach: Federführend sollte die UNO sein. Wenn eine an dem Gewaltkonflikt beteiligte Macht die Federführung übernimmt - sei es ein (gestärktes) Russland oder seien es die USA - sind die Chancen für eine gerechte und nachhaltige Friedensordnung sehr gering. Ein gemeinsames Vorgehen Russlands und der USA wäre bereits ein großer Fortschritt. Doch hätte es dieses gemeinsame Vorgehen in den letzten sechs Jahren gegeben, dann wären auch die UNO und ihr Sicherheitsrat handlungsfähig gewesen. Das viel beklagte „Scheitern der UNO“ in Syrien verdankt sich doch wesentlich der Blockade des Sicherheitsrates durch die konträren Interessen und die Politik seiner bei-

den ständigen Vetomächte Russland und USA. Diese beiden Mächte haben durch ihre anhaltende Unterstützung für gegensätzliche Kriegsparteien in Syrien alle guten Friedenspläne und Vorschläge der bisherigen drei vom Sicherheitsrat bestellten Vermittler Kofi Annan, Lakdar Brahimi sowie Staffan de Mistura scheitern lassen. Zudem haben sich Anfang 2016 US-Präsident Barak Obama und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel vom türkischen Präsidenten Erdogan dazu erpressen lassen, den UNO-Generalsekretär zur Ausladung der Kurden vom Genfer Verhandlungstisch zu veranlassen.

**Kranich: Ein großer Fehler unmittelbar nach der syrischen Revolution 2011 war die internationale Missachtung und Vernachlässigung zivilgesellschaftlicher Ansätze. Gibt es da aktuell Möglichkeiten, dies unter neuen Bedingungen zu korrigieren? Wenn ja, was täten sich da für neue Zugänge für Friedensbewegung und internationale Zivilgesellschaft auf?**  
Zumach: Das war sicher der größte Fehler. Er wurde auch von Teilen der Friedensbewegung in Europa und den USA

begangen, die den anfangs völlig gewaltfreien Protest säkularer Kräfte der syrischen Zivilgesellschaft gegen die Regierung Assad von vornherein abtaten als angebliches Ergebnis einer unakzeptablen Einmischung der USA und anderer Länder in die „inneren Angelegenheiten“ Syriens. Aber es gibt immer noch Pflänzchen säkularer zivilgesellschaftlicher Akteure und Projekte lokaler demokratischer Selbstverwaltung, deren Unterstützung und Stärkung die Chancen für eine gerechte Nachkriegsordnung in Syrien erhöhen würde.

**Kranich: Vielen Dank für das Gespräch.**

**Andreas Zumach** arbeitet seit 1988 als UNO-Korrespondent mit Sitz in Genf für die Berliner tageszeitung (taz), die Zürcher Wochenzeitung (WOZ), die Presse in Wien sowie für weitere Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten. Nach „Die kommenden Kriege“ (2005) beschäftigt sich Zumach in seinem letzten Buch „Globales Chaos – Machtlose UNO“ mit den aktuellen Konfliktherden sowie den Kriegen der vergangenen Jahrzehnte und der Rolle, die die Vereinten Nationen darin spielten.



„DER FRIEDE  
VERMAG ALLES,  
DER KRIEG NICHTS.“

DR. BRUNO KREISKY

SALZBURGER  
SPÖ  
LANDTAGSKLUB

BEZAHLTE ANZEIGE